

75 Jahre CVP Basel-Stadt

Autor(en): Albin Breitenmoser

Quelle: Basler Stadtbuch

Jahr: 1980

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/stadtbuch/3e2f22dc-bfbc-4333-9078-241cdd62b9a3>

Nutzungsbedingungen

Die Online-Plattform www.baslerstadtbuch.ch ist ein Angebot der Christoph Merian Stiftung. Die auf dieser Plattform veröffentlichten Dokumente stehen für nichtkommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung gratis zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrücke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des vorherigen schriftlichen Einverständnisses der Christoph Merian Stiftung.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Online-Plattform [baslerstadtbuch.ch](http://www.baslerstadtbuch.ch) ist ein Service public der Christoph Merian Stiftung.

<http://www.cms-basel.ch>

<https://www.baslerstadtbuch.ch>

75 JAHRE CVP BASEL-STADT

Über Standort und Marschrichtung der Christlichdemokratischen Volkspartei Basel bestimmen die geltenden Statuten (1971) folgendes: Die CVP bezweckt die politische Mitgestaltung in Gemeinde, Kanton und Eidgenossenschaft mit demokratischen Mitteln und im Geiste christlicher Verantwortung. Sie will die politischen, sozialen und kulturellen Voraussetzungen für die bestmögliche Entfaltung der Menschen verwirklichen helfen und setzt sich insbesondere dafür ein, dass die Chancen benachteiligter Mitmenschen verbessert werden. Sie vereinigt, über den konfessionellen Bereich hinaus, Frauen und Männer aller sozialer Gruppen, welche bereit sind, in diesem Sinne politisch zu wirken. Mitglied der Partei kann jedermann werden, der ihre Ziele zu fördern bereit ist.

Soweit die geltenden Statuten, die sich eng an jene der gesamtschweizerischen CVP anlehnen: Weil die CVP aber 1905 als «Katholische Volkspartei» gegründet wurde, müssen wir vorerst der Frage nachgehen:

Warum kam es 1905 vorerst zur konfessionellen Partei?

Carl Peter (Regierungsrat) sagte es 1955 so: «Die Zusammenschweissung von Katholiken zu einer Partei erfolgte in unserer Stadt als Folge der Tatsache, dass sich die Katholiken in Basel im 19. Jahrhundert für sich und die Kirche erst die bürgerlichen Lebensrechte erkämpfen mussten. Zuerst gegen das Widerstreben einer jahrhundertlang protestanti-

schen Stadt mit einem ausgeprägten Staatskirchentum, dann aber im letzten Drittel des Jahrhunderts gegen den betont antikatholischen Komplex des aufkommenden Radikalismus. Da der Kampf gegen die Kirche auch und vornehmlich auf politischem Boden erfolgte, so musste eine Gegenbewegung auf politischem Weg erfolgen.» 1870 wohnten in Basel 12 303 Katholiken, die bei einer Gesamtbevölkerung von 48 000 nach Zumstein (Beiträge zur Basler Parteigeschichte 1848–1910) «eine Vertretung in der legislativen Behörde des Kantons gerechtfertigt hätten». In dieser Situation nahm die Vorsteherschaft der Römisch-katholischen Gemeinde (RKG) gezwungenermassen die politischen Interessen der Basler Katholiken soweit als möglich wahr, und bei Wahlen gaben diese ihre Unterstützung vornehmlich den damaligen Konservativen (heutigen Liberalen), deren grösster Staatsmann, Regierungsrat und Nationalrat Paul Speiser sich konsequent für die Zuerkennung jeder Gleichberechtigung an die katholische Minderheit einsetzte. Der unglückliche Kulturkampf der 70er Jahre zwang die Basler Katholiken dennoch, sich auch politisch enger zusammenzuschliessen. So wurde am 21. Mai 1870 der «Katholikenverein» gegründet, der sein Vereinslokal im Gasthof «Zur Krone» an der Schifflände bezog und dessen Tätigkeit noch ausgesprochen religiös-politischen Charakter hatte. In den öffentlichen Auseinandersetzungen trat immer mehr die Gestalt von Ernst Feigenwinter (1853–1919) in

den Vordergrund, der dann auch zusammen mit Schuhmachermeister Peter Leuthardt am 20. April 1873 zur Gründung des Basler Volksblattes schritt. Nach kurzer liberal-konservativer Führung im Grossen Rat (1878–1881) übernahmen die Radikalen erneut das Regime. Sie verweigerten der RKG die Überlassung der Barfüsserkirche, die damals teilweise für die Postverwaltung benützt worden war, und 1884 wurde der RKG durch das Verbot der Lehrtätigkeit von Ordenspersonen in Basel die Aufhebung der katholischen Schule am Lindenberg aufgezwungen, die in der Volksabstimmung vom Februar 1884 mit 4479:2910 Stimmen (Speiser: «ein Unrecht») gutgeheissen wurde. Die bei der heutigen gegenseitigen konfessionellen und politischen Toleranz schwer verständliche Atmosphäre des damaligen parlamentarischen Schulkampfes gipfelte im Slogan eines radikalen Sprechers: «Die Katholiken gehören auf die Tribüne.» Auf der Liste der Konservativen wurde 1886 mit Gottfried Hediger, Spediteur und Präsident der RKG, erstmals ein Katholik in den Basler Grossen Rat gewählt, gefolgt von den Advokaten Ernst Feigenwinter und Albert Joos, den Ärzten Josef Fahm und Alfred Adam und von Malermeister Louis Schwehr.

Immer mehr setzte sich aber bei den 1900 auf ein Drittel (37 000) der Bevölkerung angewachsenen Basler Katholiken die Erkenntnis durch, dass sie nur durch eine eigene volle politische Organisation zur Anerkennung und Gleichberechtigung kommen konnten. Unentwegt setzten sie sich für die Proporzwahl des Grossen Rates ein, die endlich im vierten Anlauf am 25./26. Februar 1905 mit der hauchdünnen Mehrheit von 5290:5280 Stimmen vom Souverän beschlossen werden sollte. Den Wahlkampf für die ersten Proporzwahlen vom Mai 1905 führte ein «Zentralkomitee der

Katholischen Volkspartei» unter dem Präsidium von Dr. Albert Joos. Zur Wählerversammlung in der Burgvogtei fanden sich 500 Männer ein. Die Wahlen brachten der Katholischen Volkspartei 10 der 130 Sitze, neben 52 Radikalen, 28 Liberalen, 36 Sozialdemokraten und 4 Unabhängigen. Schon 1908 erhöhte die Katholische Volkspartei ihre Sitzzahl auf 17, und 1911 bestieg mit Anwalt Dr. Othmar Kully der erste Katholik den Präsidentenstuhl des Basler Grossen Rates.

Aus dem Ghetto zur Mitverantwortung

Vergeblich hoffte die Katholische Volkspartei, in der Verfassungsrevision 1909/1910 die Gleichstellung der RKG mit der reformierten und christkatholischen Kirche zu erreichen. Der Grosse Rat entschied anders: die öffentlich-rechtliche Persönlichkeit wurde nur der reformierten und der christkatholischen Kirche zuerkannt. Die RKG musste im Unter-



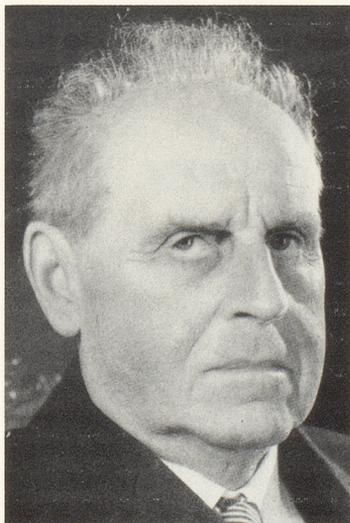
Dr. Ernst Feigenwinter
Nationalrat 1917–1919
Grossrat 1893–1902, 1905–1919

schied dazu eine privatrechtliche Institution, ein Verein bleiben. Auch 1930 wurde ein neuer Antrag der Grossratsfraktion der Katholischen Volkspartei, der RKG die Gleichberechtigung zu geben, mit 67:41 Stimmen abgelehnt.

Die aufbauend-loyale Mitarbeit der Volkspartei hat erst 1972 zum Ziele, zur Gleichberechtigung der Konfessionen geführt und die Wunden der Vergangenheit geheilt. Am 3. Dezember 1972 haben die in kantonalen Angelegenheiten Stimmberechtigten, zu denen seit 1967 auch die Frauen gehören, mit 48 314 Ja gegen 23 419 Nein auch die RKG und die Israelitische Gemeinde zu Körperschaften des öffentlichen Rechts erklärt. Der Grosse Rat selbst hiess die Verfassungsänderung mit grossem Mehr gegen nur 12 Stimmen gut. Der erfreuliche Gesinnungswandel spricht für die in den letzten Jahrzehnten gewonnene gegenseitige Achtung und durfte nicht zuletzt auch auf das

Konto der guten Vorarbeit des Verfassungsrates für einen wiedervereinigten Kanton Basel (1960–1969) gebucht werden. Diesem politischen Akt folgte am 20. Mai 1973 die von der Basler CVP im Rahmen der schweizerischen Gesamtpartei mit besonderen politischen Anstrengungen unentwegt geförderte Aufhebung der diskriminierenden konfessionellen Ausnahmeartikel der Bundesverfassung (Jesuiten- und Klosterartikel).

Der Einsitznahme der Katholischen Volkspartei im Grossen Rat in beachtlicher Fraktionsstärke musste früher oder später die Regierungsbeteiligung folgen. Als erster Kandidat stellte sich 1914 Dr. Ernst Feigenwinter zur Verfügung, 1915 Zivilgerichtspräsident Dr. Hans Abt. Beide unterlagen und mussten mit ihrer Partei erfahren, dass Demokratie ein Risiko bleibt für jeden, der sich ihr verschreibt. Die Generalstreikwirren 1918, die auch in Basel zu einer gefährlichen Situation



Dr. Rudolf Niederhauser
Regierungsrat 1919–1935
Nationalrat 1938–1947
Parteipräsident 1919–1929
Grossrat 1908–1919



Max Zraggen
Nationalrat 1919–1935
Grossrat 1914–1935
Christlichsozialer Gewerkschafter



Dr. Carl Peter
Regierungsrat 1944–1962
Parteipräsident 1933–1945
Grossrat 1932–1944

fürten, und die klare Haltung der Volkspartei zur Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit machten dann aber 1919 den Weg frei für den ersten Vertreter der Volkspartei in der Person von Dr. Rudolf Niederhauser, der noch 1917 ebenfalls erfolglos kandidiert hatte. Dr. Ernst Feigenwinter war bereits im Herbst 1917 in den Nationalrat gewählt worden, wo er sich in der denkwürdigen Rede vom September 1918 gegen die Methoden des schweizerischen Generalstreikkomitees zur Durchsetzung politischer Forderungen einen Namen machte.

Das Jahr 1935 brachte der Volkspartei einen schweren Rückschlag durch die Nichtwiederwahl ihres ersten Vertreters in der Regierung, Rudolf Niederhausers. Nach wenig glücklichen Vorbereitungen (die vereinigten bürgerlichen Parteien stellten eine Sechserliste auf und machten den Sozialdemokraten damit den Sitz ihres Erziehungsdirektors Hauser

streitig, worauf diese mit einer Viererliste antraten und prompt siegreich blieben) kam es zur «roten Mehrheit» auf Kosten der Volkspartei. Unverdrossene Weiterarbeit in Parlament und in den Quartiersektionen der Volkspartei halfen ihr 1944, in der Person von Dr. Carl Peter den Sitz in der Regierung zurückzugewinnen.

1960 stellte die Volkspartei in einer einmaligen Konstellation die Präsidenten des Grossen Rates, des Regierungsrates, des Engeren Bürgerrates und des Weiteren Gemeinderates Riehen!

Im Herbst 1962 folgte in der Regierung auf Dr. Carl Peter ebenfalls als Justizdirektor Dr. Alfred ab Egg, der seinerseits 1972 von Parteipräsident Eugen Keller abgelöst wurde, der vorerst das Sanitätsdepartement und später das auf seinen Beruf zugeschnittene Baudepartement übernehmen konnte.

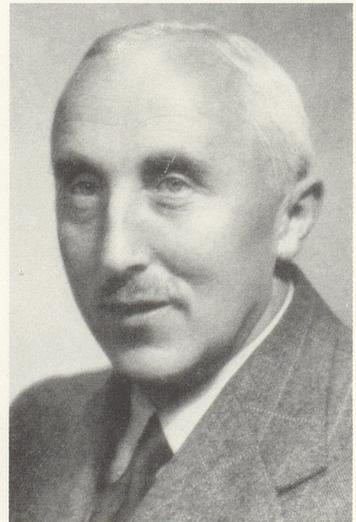
Auch in der Bürgergemeinde erhielt die



Dr. Wilhelm Meile
Nationalrat 1935–1938
Erziehungsrat 1932–1938
Direktor der Schweizer Mustermesse
Generaldirektor der SBB



Prof. Dr. Theodor Broghe
Nationalrat 1947–1951
Direktor der Schweizer Mustermesse



Fritz Berger
Nationalrat 1951–1963
Grossrat 1929–1960

Volkspartei wachsende Verantwortung. 1921 nahm sie Einsitz in der Exekutive, im Engeren Bürgerrat, 1972 mit einer Doppelvertretung. Nach Einführung des Frauenstimmrechts in der Bürgergemeinde Ende 1958 hielten 1961 erstmals zwei Frauen, Dr. Gertrud Spiess und Brigitt Lutz, im Weiteren Bürgerrat Einzug.

Die Öffnung zur christlichdemokratischen Volkspartei

Bereits 1961 schien der Volkspartei die Zeit reif, sich über den bisherigen katholischen Mitgliederkreis hinaus allen zu öffnen, die bereit sind, christliches Gedankengut im öffentlichen Leben engagiert zu verfechten. Aus der Katholischen Volkspartei wurde am 19. Januar 1961 die Katholische und Christlichsoziale Volkspartei. Der seit 1952 erscheinenden Parteizeitung «Verantwortung» war zu entnehmen: «Der Saal im Braunen Mutz war bei der Beratung über die Statutenänderung bis auf den letzten Stuhl besetzt.» Bei der erneuten Statutenänderung vom 6. Mai 1971 wurde die Basler Volkspartei nach dem Vorbild der schweizerischen Gesamtpartei Christlichdemokratische Volkspartei CVP benannt. Mit dem C im Namen will sie keineswegs einen Monopolanspruch auf «christlich» oder «Christentum» erheben, zu stark weiss sie um das allzu Menschliche in der Politik und auch in ihren eigenen Reihen in ihrer ganzen Geschichte. Aber sie will betonen, dass es ihr in der politischen Arbeit ernst ist mit der Beachtung christlicher Grundprinzipien und sozialer Postulate im weitesten, nämlich gesellschaftspolitischen Sinne des Wortes. Die CVP weiss sich dabei mit engagierten Christen in allen Parteien «rechts» und «links» in der Gemeinsamkeit der Ziele eng verbunden. Doch die Politik der vergangenen Jahrzehnte in Bund und Kantonen, auch in Basel-Stadt, hat klar bewiesen, dass vor allem die gesellschafts-

Die Grossratspräsidenten der CVP

Dr. Othmar Kully	1911
Dr. Rudolf Niederhauser	1915
Dr. Ernst Feigenwinter	1919
(Amt krankheitshalber nicht angetreten)	
Kaspar Späni	1920
Wilhelm Wick	1927
August Ursprung	1933
Dr. Ezechiel Enocari	1938
Dr. Carl Peter	1943
Dr. Max Dannenberger	1949
Dr. Josy Petitjean	1955
Albin Breitenmoser	1960
Fritz Müller	1965
Eugen Keller	1970
Dr. Gertrud Spiess	1975
Hans Strittmatter	1980

Die bisherigen Nationalräte der CVP

Dr. Ernst Feigenwinter	1917–1919
Max Zraggen	1919–1935
Dr. Wilhelm Meile	1935–1938
Dr. Rudolf Niederhauser	1938–1947
Prof. Dr. Theodor Broghe	1947–1951
Fritz Berger	1951–1963
Albin Breitenmoser	1963–1975
Dr. Gertrud Spiess	seit 1975

Die bisherigen Regierungsräte der CVP

Dr. Rudolf Niederhauser	1919–1935
Dr. Carl Peter	1944–1962
Dr. Alfred ab Egg	1962–1972
Eugen Keller	seit 1972

Die CVP-Mitglieder im Engeren Bürgerrat

Carl Gutzwiller	1921–1928
Anton Portmann	1928–1948
Adolf Haberthür	1948–1949
Dr. Alphons Hauser	1949–1971
Hanspeter Studer	1971–1976
Dr. Markus Fürstenberger	seit 1972
Dr. Walter Zeugin	seit 1976

Die Parteipräsidenten der CVP

Dr. Albert Joos	1905–1919
Dr. Rudolf Niederhauser	1919–1929
Gustav Schwartz	1929–1933
Dr. Carl Peter	1933–1945
August Ursprung	1945–1948
Dr. Max Dannenberger	1948–1952
Dr. Josy Petitjean	1952–1958
Albin Breitenmoser	1958–1963
Eugen Keller	1963–1972
Hans Strittmatter	1972–1976
Dr. Peter Göpfert	1976–1978
Dr. Hugo Wick	seit 1978

Die Grossratsfraktion der CVP im Laufe der 75 Jahre

	Sitze		Sitze		Sitze
1905	10	1929	13	1953	18
1908	17	1932	14	1956	19
1911	17	1935	13	1960	20
1914	17	1938	14	1964	19
1917	15	1941	11	1968	20
1920	11	1944	14	1972	17
1923	11	1947	13	1976	16
1926	13	1950	16	1980	18

Das Namenverzeichnis enthält bis auf das Jahr 1886 zurück gut 130 Grossräte der CVP-Richtung.

werkschaften oder zur Jugend mit der Gründung der Basler Jung-Katholiken am 20. September 1945, der späteren Jungen Gruppe und heutigen Jungen CVP. Bereits 1960 hat die Volkspartei den Vertretungen interessierter Frauenorganisationen für die Mitarbeit im Parteivorstand das Beobachterstatut zuerkannt. Seither sind die weiblichen Parteimitglieder mit der Verwirklichung des Frauenstimm- und -Wahlrechts in allen Sektionen und angeschlossenen Vereinen, in allen Parteigremien und Behörden voll integriert worden und zu Ehren gekommen.

Mit der Gründung der Oberrheinischen Arbeitsgemeinschaft der christlichdemokratischen Parteien im Jahre 1959 hat die CVP Basel-Stadt ihre Meinungs- und Willensbildung in geeigneter Kontaktform über Basel und die Eidgenossenschaft hinausgetragen in das benachbarte Ausland, mit dessen Kultur, Geschichte und Schicksal wir uns nach zwei Weltkriegen aufs engste verbunden fühlen. Die CVP Basel-Stadt hat guten Grund, ihren Gründern um die Jahrhundertwende und jenen, die seither in der Öffentlichkeit oder im stillen für deren Ideen gewirkt haben, zu danken und guten Mutes in die Zukunft zu schreiten. Sie steht stark und geachtet auf dem politischen Parkett.

politischen Entscheide im Parlament und Volk von der Existenz und Initiative einer ausgleichenden und dynamischen Volkspartei der Mitte abhängen.

Noch immer hat neuer Elan für die bewusst hochgesteckten Ziele der CVP auf dem Boden der harten Wirklichkeit ihre Mitglieder und Anhänger zu begeistern vermocht. Sei es bei den Quartiersektionen und angeschlossenen Vereinen, sei es in der parteiungebundenen Partnerschaft zu den christlichsozialen Ge-

Literatur und Quellen:

Leo Hänggi: 50 Jahre Katholische Volkspartei Basel-Stadt, Cratander AG, Basel 1955.

Albin Breitenmoser: Wie kam es zu den konfessionellen Artikeln in der Bundesverfassung?, Basel 1953.

Parteizeitung <Verantwortung> seit 1952.

Archiv des Verfassers.